

Volkswoche

für Schlesien

Bezugspreis: Die "Volkswoche" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch die Auslieferung der "Volkswoche", Rote Gräbenstraße 5, durch die Zweigstelle, Jägerzeugenstraße 8, und Matthäusstraße 140, sowie durch alle Auslieferungsstellen. Preis freibleibend, verläuft wöchentlich 1800000 M. für den Monat September freibleibend.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 350000 M., auswärts 400000 M. Anzeigen unter 250000 M., auswärts 300000 M., Sammlungsangebote 180000 M., Familienanzeigen, Steuererlaubnis, Vereins-, Bergmanns- und Wohnungsanzeigen 120000 M. Kleine Anzeigen pro Wort 30000 M., das letzte Wort 40000 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition Blücherstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Was Poincaré nicht will.

Poincaré als starker Mann.

Er fürchtet, Letzteren zu werden!

Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dan zur Meuse hielt Verteidigungsminister Poincaré die erste der für gestern angekündigten beiden politischen Reden. Poincarés erklärte unter anderem: „Weder einer neutralen Kommission, noch internationalem Sachverständigen, noch einer Friedenskommission, auch nicht einmal dem Völkerbund, dessen Aussagen grobe sind, hat der Vertrag von Versailles die Aufgabe zuteilt, die Höhe des deutschen Schadens festzulegen, oder die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie bezahlt werden soll, sondern einer besonderen Kommission, die Reparationskommission heißt, und deren Ergebnisse Deutschland ausdrücklich anerkannt hat. Wenn man daran denkt, sie besteht zu schieden, so geschieht dies, weil man glaubt, daß sie neuen Konzessionen wenig geneigt ist. Über diese neuen Konzessionen würden den übernommenen Verpflichtungen gewordenen und das ist Anlass genug, daß wir uns dazu nicht halten werden, bis wir Befriedigung erzielt haben.“

In der zweiten Rede sagte Poincaré u. a.:

Wenn die Verwüstungen, deren sich Deutschland schuldig gemacht hat, diejenigen, die die Verantwortung dafür tragen, nichts oder fast nichts kosten würden, so würden früher oder später die jungen Deutschen derart glauben, daß es um diesen Preis den Verlust von neuem unternehmen könnten. Wir müssen also den Vertrag unserer Reparationen fordern und über die Aufrichterhaltung unserer Sicherheiten wachen. In beiden Fällen werden wir den Spezling in der Hand haben nicht im

denden Frage hinter dem juristischen Hinweis auf die Reparationskommission, der gar nichts sagt bezw. alles Nähere indirekten vertraulichen Mitteilungen — der Geheimdiplomatie — überläßt.

—m.

„Petit Parisien“ wird aus Brüssel gemeldet, Thounis sei gestern abend nach Brüssel zurückgekehrt. Die Redi Stresemanns werde in Brüssel als ein Entgegkommen bezeichnet. Man bedauere jedoch, daß er über die Aufgabe des passiven Widerstandes nicht eine Erklärung abgegeben habe, die man von ihm erwartete. Ein gut unterrichteter Kreis berichtet die Meinung vor, man müsse abwarten, ehe man sich über die Haltung des deutschen Reichskanzlers äußere. Man glaube, daß es schwierig sei, auf dieser Grundlage eine rechte Lösung zu bringen. Andererseits verfügte man, daß die Unterhaltungen zwischen Stresemann und dem belgischen Botschafter in Berlin noch fortgesetzt würden.

Wir fordern Hilfe für die Arbeitslosen!

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preußischen Landtag folgenden Vortrag eingehalten: Die herjehende große Arbeitslosigkeit wird durch die Stilllegung und Einstellung von Betrieben aller Art unerträglich verschärft. Das Ende dieser Gewerbelosigkeit ist noch nicht abzusehen. Die vorsichtige Angabe des Staates dürfte darin bestehen, alle beschäftigenden Arbeitkräfte möglichst zeitlos den Produktionsprozeß einzutreten. Diese Maßnahme ist nur durchführbar, wenn alle Kräfte der Länder und des Reiches mobil gemacht werden. Der Landtag sollte daher beschließen:

1. die Staatsregierung wird erachtet, sofort mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten zwecks Errichtung von Mitteln zur Ausführung größerer, wirklich produktiver Notstandsarbeiten (Mobilisationsarbeiten, Wohnungsbau, Tiefbauarbeiten u. a.);
2. die produktiven Notstandsarbeiten der Gemeinden mit proportional höheren Zuschüssen als bisher zu fördern;
3. die in produktiver Arbeit nicht unterzubringenden Erwerbslosen in Lebensbedürfnissen entsprechend ausreichend zu unterstützen.

Weiter wird die Staatsregierung erachtet, schnellstens von ihrem Recht Gebrauch zu machen, die Wartezeit für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung von einer Woche auf drei Tage herabzusetzen.

Der preußische Volkswohlfahrtsminister hat bereits die Regierungspräsidenten aufgefordert,listen aufzustellen, in denen die sofort greifbaren Notstandsarbeiten unter Angabe der Finanzierung sowie die früher oder später möglichen Notstandsarbeiten unter Angabe der noch erforderlichen Vorarbeiten aufgeführt sind. Der entsprechende Erfolg verweist im übrigen darauf, daß in Zukunft auch für Notstandsarbeiten die gespannte Finanzlage des Reiches und Preußens mehr als bisher berücksichtigt werden muß. Es sollen nur solche Arbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslohnversorgung gefördert werden, welche die Schaffung von zusätzlicher Arbeitsgelegenheit bewirken. Besonders wird darauf verwiesen, daß in Zukunft Darlehen an werktüchtiger Grundlage mehr als bisher in Anwendung kommen müssen und die Heranziehung privater Kreide anzustreben ist.

Neue Maßnahmen der Reichsregierung.

Gefängnis für Zurückhaltung von Lebensmitteln und Steuern. — Roggengeld als Zwischenwährung?

Die Reichsregierung hat die Vorbereitungen zu einer Verordnung getroffen, die jede Auflösung zur Zurückhaltung der Ware und die Agitation zur Verweigerung der Steuern mit Gefängnisstrafe bedroht. Wie erwarten, daß die Verordnung bald verabschiedet und mit drakonischer Härte durchgesetzt wird.

Diese Maßnahme allein kann natürlich auf die Dauer auch nicht genügen. Insbesondere der Befreiungskampf hat zum Teil seine Ursache in dem fortwährenden Verfall der Mark und es ist begreiflich, wenn auch die Landwirtschaft wie alle übrigen Kreise des Volkes ein verhältnismäßiges Zahlungsmittel fordern. Sowohl die Landwirtschaft in Frankreich kommt, will die Regierung dem Bedürfnis nach Werthaltigkeit fast „Soviet-Parl-Deutsch“ durch die vorübergehende Einführung einer Roggengewährung nach dem russischen System Rechnung tragen. Es handelt sich also hier um eine Zwischenwährung, die später gegen die Zahlungsmittel der Goldnoten eingesetzt werden soll. Die gute Wirkung des Reichstagsbeschlusses ist nicht zu verkennen, aber wir befürchten, daß die Privilegiengewalt, die der Landwirtschaft gestaltet ist, bald auch mit dem gleichen Recht von anderen Wirtschaftsgewalten gesetzdet wird. Dies kann nur vorgehindert werden, durch eine möglichst schnelle Vorbereitung einer Goldwährung für jedermann.

Ein Dollar (Berlin) 90400000 M.
Ein Dollar (Newport) 107000000 M.

Reift das Ruhrkamps-Segel!

Von Eduard Bernstein.

Reichskanzler Stresemann hat in seiner Ansprache vom 12. September an die deutsche Presse — eine Rede, die manches Beherzigenswerte enthielt — das vom Wittelsbacher Rupprecht jüngst zitierte Wort Friedrichs II. von Preußen aufgenommen: „Bei widrigem Wind muß man die Segel reissen!“

Ein unerträglich richtiges Wort, das nur nicht genug befolgt wird. Der Reichskanzler sprach auch von der Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr, den man uns nun seit Wochen in Aussicht stellt. Aber er machte sie wieder von Bedingungen abhängig, welche eine Verschleppung als möglich erscheinen lassen, während es vor allem im Interesse Deutschlands ist, daß diesem schlimmsten als zwecklos gewordenen Kampf so schleunig als nur möglich ein Ende gemacht wird. Viel zu lange hat man aus lauter Rücksichtnahme auf das verbrecherische und verlogene Gescheit der Nationalisten sich gescheut, in dieser Sache auszusprechen, was ist, was jeder Urteilsfähige unter vier Augen als richtig anerkenne, und rücksichtslos die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Seit Monaten ist der Ruhrkampf, der ursprünglich etwas Notwendiges und Schönes war, etwas Sinnwidriges, nur Deutschland selbst Schädigendes, geworden. Ich sage das rund heraus, weil niemand die Tatfrage besser bekannt ist, als Herr Poincaré, und von ihm als ein Trumpf in seinem Spiel benutzt wird.

Der Ruhrkampf war ursprünglich etwas Schönes. Es wäre im höchsten Grade bedauerlich gewesen, wenn die Ruhrbevölkerung der Welt das Schauspiel dargeboten hätte, daß ein großer, kraftvoller Bruchteil eines Volkes einen brutalen Gewaltakt stillschweigend oder mit einem bloßen Protest in Worten über sich ergehen ließ. Daß sie das nicht tat, daß sie ihn mit der Form des Widerstandes beantwortete, die nach Lage der Dinge die wirksamste zu sein vertrug, darf uns, muß jeden, ob Deutscher, Neutraler oder Franzose, in dem noch ein Gefühl für Recht lebt, mit hoher Genugtuung erfüllen.

Der Widerstand war auch notwendig. Er war notwendig, um das Gewissen der Welt wachzurufen gegenüber dem schändlichen Rechtsbruch der Regierung Poincaré. Proteste in Worten, mögen sie noch so eindrucksvoll gesetzt, noch so überzeugend begründet sein, werden in unserer Zeit nur zu schnell vergessen und ihre Niederschriften in Altkenschränken vergraben. Um diesem Schicksal nicht zu verfallen, mußte der Protest sich in Handlungen äußern, die ihn jeden Tag von neuem der Welt ins Gedächtnis riefen.

Und ganz wirkungslos ist er ja denn auch nicht geblieben. Die Welt hat ihn schon vernommen, und viele haben ihn sich zu Herzen gehen lassen. In allen Ländern haben sich Stimmen für das an der Ruhr mit Füßen getretene Recht Deutschlands erhoben, und mit Freuden sei es festgestellt, daß unter ihnen die Stimmen hervorragender französischer Politiker und Rechtsgelehrter nicht gefehlt haben.

Aber so zahlreich diese Stimmen waren, sie hatten doch nicht die Macht hinter sich, die nötig war, die Gewaltpolitischer an der Seine zum Abstand von ihrem dem Recht hohnsprechenden Vorgehen zu bewegen. Mit jedem Tage ist es klarer geworden, daß die letzteren in der Ruhrfrage nur dem Druck willenskräftiger Macht nachgeben würden, daß jedoch eine von dem dazu nötigen Willen besetzte Macht nicht vorhanden war.

Je mehr Poincaré und seine Leute dessen inne wurden, mit um so rücksichtloserer Brutalität sind sie gegen die Ruhrbevölkerung vorgegangen. Ich verzichte darauf, die Natur der Schändlichkeiten, die da an einer vergewaltigten Bevölkerung begangen wurden, im einzelnen zu kennzeichnen. Es wird der Tag kommen, wo auch die große Wehrhaftigkeit des heute irregelmäßigten französischen Volkes erkennen wird, daß die Ruhraktion ein Blatt der Uehe in der Geschichte ihres Landes bildet. Es ist ein Blatt mäster Gewalt einer schwer bewaffneten an einer entwaffneten Nation. Einer solchen Gewalt, die keine Skrupel kennt, gegenüber sind aber die Wirkungsmöglichkeiten des passiven Widerstandes natürlich begrenzt.

Das hat sich immer deutlicher gezeigt, je länger es andauerte. Und andere Formen des Widerstandes, die auch nur die bescheidenste Aussicht auf Erfolg im notigen Grade eröffnen würden, stehen dem deutschen Volke nicht zur Verfügung. Nur Verbündete und Gewissenlose können das Gegenteil behaupten.

Das vorläufige Ergebnis der Goldanleihe
trägt rund 75 Millionen in Gold. Da der Dollar steigt, ist bis zum 18. September, wo die Anleihen geschlossen werden, sehr wahrscheinlich mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen. Insgesamt wird das Ergebnis als günstig bezeichnet, besonders in Hinblick auf die bestürzte Zeit und die Auswirkung der Inflation, die der Geldflutzeit übertrug. Die Anleihe soll nach Rechnungsschluss sofort an der Börse gehandelt werden. Bei den Großzentralen und bei den ihnen angehörenden Sparkassen und Sparstellen werden Postkonten auf Basis der Anleihe vorläufig errichtet. Die Anleihe wird an jedem Wochenende, mit Ausnahme von Sonnabend, eröffnet, wodurch sie den Deutschen gleichgestellt wird.

Die Reichsbank hat am Sonnabend den Diskont auf 90 Prozent erhöht. Damit ist sie einer seit Wochen allgemein erhofften Forderung nachgekommen. Zum ersten Mal tritt nach den neuen Bestimmungen eine Zerlegung des Diskonts ein. Der Lombardzinus ist auf 10 Prozent herabgesetzt, da der ganze Lombardverkehr auf eine verhältnismäßige Grundlage gestellt worden ist, die natürlich den alten Ansatz nicht mehr betrifft. Dagegen macht sich wieder eine starke Anspruchnahme von Papiermarktkrediten, besonders in der Provinz bemerkbar. Da die Privatbanken heute pro Tag einen Diskont zwischen 2% und 3% nehmen, muss vorliegen, dass sich der Reichsbankdiskont unverzüglich diesen Säulen angleicht, damit weiterer Aufschwung der Papiermarktkredite, soweit sie noch gegeben werden, verhindert wird.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling,

der bekanntlich der Bayerischen Volkspartei angehört, enthält neben breiten autoritären Tendenzen gegen die sozialistische Gefahr in Norddeutschland auch einige sanfte Beleidigungen gegen Ausländer in den "Vaterländischen Verbündeten" und Versicherungen in Reichstreue Bayerns, sowie Mitteilungen über einen zw. schriftlichen Meinungsaustausch mit Stresemann. Die Bayerische Volkspartei und die ihr nahestehenden Eliten um Ruprecht von Wittelsbach befinden sich zurzeit in einem so scharfen Abwehrkampf gegen Ludendorff und die Nationalsozialisten, dass sie die Regierung gegen Berlin und zumal die Bedenken gegen eine deutsch-französische Verständigung offensichtlich etwas dämpfen zu müssen glauben.

Der ADGB. gegen Kanzler Stresemanns Behauptungen zur Lohnfrage.

Der Reichskanzler hat in seiner letzten Rede auch von der Preis- und Lohnpolitik gesprochen. Er erklärte u. a., dass Löhne vielfach über den Friedenslöhnen liegen. Wir haben uns bereits gegen diese Darstellung gewandt. Nunmehr wendet sich auch der Bundesvorstand des ADGB. gegen diese unrichtige Feststellung in einer Zuschrift, in der es u. a. heißt:

"Diese Behauptung muss auf irrtigen Informationen beruhen und darf nicht unwiderrührbar bleiben. Ganzfeind ist nicht der Nominallohn, sondern die Kaufkraft des Lohnes. Vor dem Krieg konnte sich ein Arbeiter mit einem Stundenlohn von 1 Pfund Qualitätsleid kaufen. Anfang dieser Woche betrug der Lohndurchschnittslohn 10 bis 12 Millionen Mark. Ein Pfund Fleisch kostete zur gleichen Zeit 11 Millionen. Der Arbeiter musste also für die gleiche Menge Fleisch acht Stunden arbeiten, während er es früher mit dem Lohn einer Stunde kaufen konnte. Letztpflicht liegt die Verhältnisse so, dass die fortwährende Kartierung und die ihr mehr und mehr parallele laufende Steigerung der Preise die vereinbarten Löhne ständig überholen, so dass die Arbeiter ihre Einkünfte nicht zur Zeit der Vereinbarung, sondern erst frühestens eine Woche später machen können. Magazin kann daher nur die Kaufkraft des Lohnes in der Vergleichswoche sein."

Ein paar Beispiele: Ein Metallarbeiter verdiente in der Woche vom 30. Juli bis 5. August 58.000 Mark Stundenlohn. Am 8. August kostete ein Pfund Schmalz 290.000 Mark. Er musste also über 4 Stunden arbeiten, um es kaufen zu können. Ein Krieger kostete es 80 Pfennig. Er erhielt damals 70 Pfennig Stundenlohn. In kaum mehr als einer Stunde verdiente er genug, damit er es kaufen konnte. Am 3. September kostete ein Pfund Schmalz 2.400.000 Mark. Der Stundenlohn des Metallarbeiters betrug in der Woche vom 27. August bis 1. September 40.000 Mark. Er musste also nahezu 3 Stunden arbeiten, um zu kaufen.

Vergleicht man den Stundenlohn des Metallarbeiters in der letzten Augustwoche mit der Reichsindexziffer der Verbraucherpreise, die 1.845.251 betrug, so ergibt sich, in Goldmark umgerechnet, ein Stundenlohn von 0,455 Goldmark gegenüber einem Stundenlohn im Frieden von 0,70 bis 0,80 Mark. Dabei ist zu beachten, dass die Reichsindexziffer die Werte berücksichtigt. Der Lohn ist also trotz der niedrigen Preise auf fast die Hälfte des Friedenswertes gesunken. Werden jetzt die Mieten von Monat zu Monat erhöht, so verschärft sich die Lage zu ungünstigen Lebensornat der Arbeiter.

In den letzten Wochen hat sich das Verhältnis von Kleinhandelspreis und Lohn eher verschärft, da die Marktentwertung mit Ausnahme der letzten Tage unablässbare Schwierigkeiten anstellt. In anderen Bereichen ist die Lage der Arbeiter gleich tristlos. Die Beispiele melden für die verschiedenen Waren zu demselben Ergebnis führen. Die Kaufkraft der Löhne hat sich so verringert, dass vor einer Übersteigerung des Friedensreallohnes gar keine Rücksicht kann.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund will daher entweder Verwahrung einzufordern gegen die angeführte Behauptung, die nur den Unternehmern Nutzen bietet, unter Berücksichtigung auf die Verkürzung des Reichstags zu verhindern.

Die "Bölkischen" als Retter aus Spekulation und "Zinswirtschaft".

Der Jusuf spielt uns folgendes Rundschreiben in die Hand, das die Wirtschaftsmoral der "bölkischen" Reise beleuchtet, die sich immer als Retter aus Wucherwirtschaft und Wirtschaftskrisis aufspielen, um die Kassen von sozialistischen Parteien gegen den Privatkapitalismus abzulenken.

Schuhvereinigung der Genossen der Deutschösterreichen Bank.
Paul Wolff, Charlottenburg 5.

Berlin, den 21. August 1923.

An die Genossen der Deutschösterreichen Bank!

Ungeheurende Parteimitte zwingen uns, die bisher aus politischen Rücksichten geübte Zurückhaltung aufzugeben und rücksichtslos vorzugehen. Nicht nur der bölkische Charakter des ganzen Unternehmens ist auf höchste gefordert, sondern außer bereits verlorenen gewaltigen Vermögensverlusten drohen den Genossen auch noch weitere große Verluste. Es ist daher unbedingt notwendig, dass an der außerordentlichen Generalversammlung am 28. September,

mittags 12.30 Uhr,

in Kleinen Saale des Schlosstheaters in Steglitz, Schloßstrasse 48, jeder teilnimmt, der es nur irgendwie möglich machen kann. Die Versammlung ist wieder trocken des Wunsches von 250 Ge-

nossen aus einer so frühe Stunde gelegt worden, um rechtzeitig den Besuch unmöglich zu machen. Damit Sie eine Ahnung bekommen, was auf dem Spiele steht, teilen wir hier kurz folgendes mit:

Die früheren Aussichtsratsmitglieder Landgerichtsrat Jenne, Richard Kunze und Aussichtsratsvizepräsident Behrends sowie die von der ersten Generalversammlung im April eingesetzten Revisoren Kaufmann Wolff und vereidigter Bünderpräsident Schilling haben festgestellt, dass der Vorstand grobe Verstöße gegen die Sicherheit der Bank und die Vermögenswerte der Genossen begangen hatte, doch ihm eine Entlastung unter keinen Umständen erteilt werden könnte. Es steht ferner unzweifelhaft fest, dass sich der Vorstand auf Kosten der Genossen große Vermögensvorteile verschafft hat.

Trotzdem hat die leichte Generalversammlung im Mai, zu der der Vorstand alle seine "Getreuen" herangeholt hatte, um sich die Wehrhaft zu sichern, die Vorstellungen der genannten Aussichtsratsmitglieder vollständig außer Acht gelassen, diese Genossen vielmehr aus dem Aussichtsrat hinausgewählt und einen dem Vorstand genehmigten Aussichtsrat geschaffen, unter dem jetzt die Bank dem Ende entgegengeschaut wird. In den letzten Tagen ist z. B. das größte Vermögensobjekt der Bank, die Ziegelstiel und das Gut Sommerfeld für einen Spottpreis an einen Herrn "Lichthüg" unter Beifall des Rechtsanwalts "Werthauer" verkauft worden. Das von der Bank veränderte Kündigungsschreiben stellt die Tatjachen geradezu auf den Kopf. Nur die Rückicht auf eine größere Anzahl Genossen, insbesondere kleinere Geschäftslieute, hat uns davon abgehalten, Angeklagte bei der Staatsanwaltschaft zu erläutern.

Aber weiteren "ungeheuerlichen Leitern", die jeden Beschuldigungspotential, sowie das Vorleben des 1. Vorstandsmitgliedes, des früheren Staatsanwalts Geras, werden eingehend in der Generalversammlung beleuchtet werden.

Die Bank ist jetzt noch für die völkerliche Sache zu retten, wenn am 28. September jeder Genosse erscheint.

Im Namen der Schuhvereinigung von 295 Genossen.

Behrends. Kunze. Schilling. Wolff.

So urteilen 295 "Bölkischen" über ihre wirtschaftlichen "Führer". Begreift man, warum die "Bölkischen" immer wieder beweisen wollen, nur Juden betrogen das deutsche Volk? Sie haben solche Abneigungsmethoden nicht nur für ihre kapitalistischen Auftraggeber nötig, sondern in ihrem ureigensten Interesse.

Gewerkschaftsbewegung.

Der englische Gewerkschaftslongzug.

Der diesjährige Kongress des englischen Gewerkschaftsverbandes (Trade Union Congress) wurde in Auseinandersetzung von 702 Delegierten, welche 4.380.000 Arbeiter vertreten — ein beträchtlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr — in Plymouth eröffnet. Den Vorort räumt J. B. Williams, Sekretär des Militärverbandes, zum ersten seit dem 50jährigen Bestehen des Gewerkschaftsverbandes sein Mandat ab. Der bisherige Lauf der Beziehungen spiegelt die äußerst schwere Lage der von Kriege und Arbeitslosigkeit heimgesuchten Arbeiterschaft wider. Infolge dieser Lage herrschte auf dem Kongress eine ausgesetzte Stimmung, unter welcher die Einigkeit der Bewegung zu feiern drohte. Es kam zu Szenen, angeführt durch Robert Smillie mit Recht dem Kongress aufzurufen konnte: "Der Bund der Großunternehmer durfte eine große Freude erleben!" Die Tätigkeit des Volkszugsorgans des Kongresses, des Generalsrats (General Council), wurde schwer kritisiert. Der Generalsrat schied aus dem Kongress aus. Der Generalrat unterzog sich dem Tadel des Kongressorgans des Konvents, des Generalsrats (General Council), wurde schwer kritisiert unterzogen. Nur hat aber der letzte Kongress dem Generalsrat oft am Eingreifen verhindert war. Der gegenwärtige Kongress dürfte über die Erweiterung des Wirkungsbereiches seines Volkszugsorgans beraten.

Der erste Tag war den Fragen der auswärtigen Politik, Ruhebekämpfung, dem griechisch-italienischen Konflikt usw. gewidmet. Ein Beweis dafür, dass die Gewerkschaften nicht vermeiden können, sich mit politischen Fragen zu befassen. In den wichtigsten Fragen der Bewegung herrschte große Uneinigkeit. Das grösste Problem ist die immer wachsende Arbeitslosigkeit, die die Gewerkschaftsfläche bereits erschöpft hat. Wie soll sie wirksam bekämpft werden? Die Beziehungen sind erschöpft. Wie soll sie wirksam bekämpft werden? Die Tatsache, dass das Volkszugsorgan des Kongresses, des Generalsrats (General Council), wurde schwer kritisiert, ist eine schwere Lage der von Kriege und Arbeitslosigkeit heimgesuchten Arbeiterschaft wider. Infolge dieser Lage auf dem Kongress eine ausgesetzte Stimmung, unter welcher die Einigkeit der Bewegung zu feiern drohte. Es kam zu Szenen, angeführt durch Robert Smillie mit Recht dem Kongress aufzurufen konnte: "Der Bund der Großunternehmer durfte eine große Freude erleben!" Die Tätigkeit des Volkszugsorgans des Konvents, des Generalsrats (General Council), wurde schwer kritisiert unterzogen. Nur hat aber der letzte Kongress dem Generalsrat oft am Eingreifen verhindert war. Der gegenwärtige Kongress dürfte über die Erweiterung des Wirkungsbereiches seines Volkszugsorgans beraten.

Zur Kundschafft gehören unsere Bedienstete, die Landwirte, die sehr gut zahlen können. Ich. Wer außerdem Sattlerarbeiter braucht, kennt das tüchtigste Geschäftsbüro der Meister.

Das Wahl der Leiden der Lohnkommission und der leistungsfähigen Sattlergehilfen ist voll; sie werden den Befreiung an den Nagel hängen, um die "Herrn Meister" nicht zu hören, selbst für rückständige Löhne arbeiten zu können.

Zulieferung der Demobilisierungsverordnungen. Soziale Rechte Regelung der Arbeitszeitfrage unter Zulassung von Überarbeitszeitungen des achtfürstündigen Arbeitstages auf tariflichem oder behördlichem Wege.

Es ist das alte Spiel: nachdem die Arbeitnehmerchaft seit Monaten die Steuerlast fast allein getragen hat durch die immer drückender gewordene Lohnsteuer und die Unternehmer und die bestehenden Kreise die Steuern zu einem Teile nachzahlt sollen, die sie bisher nicht gezahlt haben, machen sie sofort eine Gegenrechnung auf, die ihnen mehr einbringen soll, als sie an Steuern entrichten. Auflieferung der Demobilisierungsverordnungen und des Achtfürstündigen Arbeitstages, Auflieferung der Ausfuhrabgaben und der Außenhandelskontrolle, das sind die Gegenwerte, für die die Unternehmer allerdings gerne die lumpigen Steuern zahlen könnten.

Die deutsche Arbeiterschaft soll zehn Stunden und vielleicht noch mehr gegen einen Hungerlohn kriegen, damit die Herren Kapitalisten die von der Arbeiterschaft geschaffenen Produkte ins Ausland verschleppen und den Ertrag ins Ausland verschließen können. Derartige Forderungen, die wie eine Herausforderung wirken müssen, zeigen, wie sich die Herren vom Hansabund die Gleichberechtigung aller Berufsstände vorstellen.

Neuregelung der Beamtengehälter.

Am Sonnabend fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen zur Neuregelung der Beamtengehälter statt. Das Ergebnis ist folgendes:

Der Teuerungszuschlag wird von 38.840 % ab 18. September auf 199.900 % erhöht. Der Frauenzuschlag von 20 Millionen auf 110 Millionen. Die örtlichen Sonderzuschläge erfahren folgende Erhöhung: von 320 % auf 2000 %, 1367 % auf 7000 %, 2336 % auf 11.000 %, 3310 % auf 17.000 %, 4088 % auf 21.000 %, 5062 % auf 26.000 %, 6036 % auf 31.000 %, 7010 % auf 36.000 %, 7482 % auf 40.000 %, 9930 % auf 75.000 %, 11.488 % auf 195.000 %.

Die den Beamten der besetzten Gebiete bisher gewährte Sonderzulage von 10 % der Gesamtbetüge (Grundgehalt, Dienstauslagen, Kinderzuschlag, Teuerungszuschlag, örtliche Sonderzulage) erhöht sich auf 15 %. Die Belastungszulage beträgt ab 18. September 80 Millionen Mark, die Belastungskinderzulage 16 Millionen Mark. Dementprechend erhalten die Beamten folgende: am 18. September zu zahlende Bezüge: 1/2 von 161.000 % Teuerungszuschlag, 1/2 von 80 Millionen Frauenzuschlag, 1/2 von der Differenz zwischen dem bisherigen und neuem örtlichen Sonderzuschlag. Die Angekündigten erhalten am 19. September das 175fache der Grundrente ausgezahlt.

Die Anpassung der Bezüge an die Haushaltssummen erfolgt fünftig nicht mehr halbmonatlich; sondern sowohl für die Beamten wie Angehörige und Arbeiter monatlich. Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, den 20. September, statt.

Wohneind in Sattlergewerbe.

Wir sind geschlafen:

Die Lohnpolitik, diktiert vom Eigentum durch Innungsmeister, ist ein Kapitel zum Entzug des Radwuchses. Die Richtung, die die Gelehrten und der mühsam umgefeierten Kriegsbehörden, die Vorentsättigung zeitgemäßer Löhne müssen den letzten Rest von Arbeitsfreudigkeit und Schaffensdrang an produktiver Arbeit nehmen. — Allen voran, ausgerüstet mit einem Übermaß von eigenen Widerprüchen, ist wohl die Sattlerinnung von Breslau. Wer rennt nicht ihr Verhalten beim Schließungsauftakt? Von der jeweiligen Verfeuerungszahl wird nach Belieben gestrichen; Schleißpistole werden abgelehnt. Sobald Verhandlungen jedoch sind ein Feindschein ohne Ergebnis. Die biederer Handwerkmeister vom goldenen Boden einen kleinen Begehrungsdruck. Den Propagandisten rät man, keine höheren Löhne zu zahlen, um sie aber gleich wieder als Konkurrenz zu degradieren, wenn Stadtlöhne beraten werden. Der Lohn selbst ist abgeträgnliches Kapital aus. Der Preis wird von der Kundshand bestimmt, soll auch erst nach Monaten ohne Rückicht auf Geldeintwertung gezahlt werden. Der Budenrichter verurteilt sie, wenn sie Tagespreise nehmen und so unendliches haben sie zu erzählen.

Zur Kundshand gehören unsere Bedienstete, die Landwirte, die sehr gut zahlen können. Ich. Wer außerdem Sattlerarbeiter braucht, kennt das tüchtigste Geschäftsbüro der Meister.

Das Wahl der Leiden der Lohnkommission und der leistungsfähigen Sattlergehilfen ist voll; sie werden den Befreiung an den Nagel hängen, um die "Herrn Meister" nicht zu hören, selbst für rückständige Löhne arbeiten zu können.

Die Lohnkommission der Handwerksfamilie.

Der Kürschner, das Organ des Deutschen Kürschnerverbandes, erscheint infolge der kolossalsten Preissteigerungen und mit Rücksicht darauf, dass der Verband ab 1. Januar 1924 zum Bekleidungsarbeiterverband übertritt, nicht mehr.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Regierungsrat Bachmann

wurde, wie wir hören, zum Landrat des Breslau-Land ernannt. Er war bisher auf dem hiesigen Oberpräsidium tätig und gehört wohl keiner Partei an.

Brieflasten.

Allen Anfragen nach einer Belegschaftszulassung bedienen. Belegschaftszulassungen erhalten unsere Leute auf Verlangen von den Sattlermeistern oder Tischlermeistern, die Polizeidealer haben die Polizeizulassung begegnet.

Sperrstunde der Redaktion montags von 12-1 Uhr mittags.

St. G. Ottokr. Diese Auskünfte erhalten Sie am besten im Arbeiterschulhaus, Gewerkschaftsraum.

Bereinstalender.

Wiederholungslektion des KWA, Dienstag, den 18. September, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. (Siehe Inserat in der Sonnabendausgabe.)

Deutscher Betriebsrat (Vertretung Betriebsgemeinde). Dienstag, 18. September, abends 7 Uhr. Versammlung aller im Betriebsgemeinde tätigen Betriebsratsmitglieder. Betriebsblätter und Vertrauensmänner. (Rücksicht siehe Inserat in der Sonnabendausgabe.)

Deutscher Arbeiterschulverein-Bund, Lehranstalt Breslau. Montag, den 17. September, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung mit Vortrag im Gewerkschaftshaus.

Gelehrtes, Tischlermeister und Sattlerarbeiterverband! Voraussetzung Dienstag, den 18. September, abends 10 Uhr, Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses. Eröffnen Sie bitte! Einzelheiten jede Werktätigkeit muss vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Küchen, Steinmetzwerk, Bäckerei, den 19. September, abends 7.15 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, eine wichtige Versammlung statt.

Deutscher Metallarbeiter-Berband (Metallzusammenschluss). Mittwoch, den 18. September, abends 7.30 Uhr, Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses. Versammlung.

Deutsche Metallarbeiter-Bundes-Schule, Südblock, Südblock. Am Montag, den 17. September, abends 7.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, eine sehr wichtige Versammlung statt. Versammlungsdelegierte, Metallarbeiter, Berthausleute, Dekan, Hochschulbeamte, Gewerkschaftsleiter, Gewerkschaftssekretäre und Gewerkschaftsredakteure. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch. Die Mietklausur.

Achtung, Mieter!

Auf die am morgigen Dienstag stattfindende Mitgliederversammlung der Mieterhausabteilung des ADGB wird nochmals hingewiesen. Das am 1. Oktober in Kraft tretende neue Mietervertrag bringt wesentliche Veränderungen und ist es Pflicht jeden Mieters, sich zu informieren. Die gleichfalls drohende Verschlechterung der Breslauer Ausführungsanweisung muss abgewendet werden. Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch einer freien Gemeinschaft.

Die am heutigen Tage im Gesellschaftshaus "Watislawia" stattfindende Mieterversammlung ist von unserer Organisation nicht einberufen. Näheres siehe Vereinskundler.

Erleichterungen für Kriegsbeschädigte.

Wie der Amtliche Preußische Pressedirektor mitteilt, weist der Minister des Innern in einer Verfügung darauf hin, dass nach einem zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei getroffenen Abkommen beiderseits Sicherheitsmerkmale an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die Heimkehr unternehmen, um einer amtlichen Anordnung oder einem amtlich verordneten Heilbehandlung nachzuhören, oder um einen Termin bei den Spruchbehörden wahrzunehmen, genehmigt werden als genügende Unterlagen für die Gewährung der Gehörsamkeit, die Vorlesungsschreiben der Verwaltungsbahnen oder andere Zuschriften dieser Amtsstellen, aus denen die Bewilligung der Behandlung oder dergleichen mehr zu ersehen ist, gelten können.

* **Jugendpflege über Standort?** Auf diesen Artikel vom 12. September teilt uns die Stadtsicherheitsverwaltung mit, dass gegen die Amtsführung des Herrn Kauder die Unterwerfung angeordnet worden ist.

* **Die Silberhochzeit feiern die Tochter und Martha Wieselschen Eheleute.** Matthäusstraße 179, am 18. September. Gleichzeitig findet an diesem Tage 25 Jahre Leiter der "Festwacht". Wir wünschen dem treuen Paar weiter viel Glück.

* **Rathausfestes Ankündigung.** Auf dem Ring gab gestern die bekannte Künstlerin Martha Faria vom Theater-Variété Matrosen-Haus eine außergewöhnliche Feierliche Vorstellung, indem sie sich vor ein herauflaufendes Automobil warf. Sie die entzückten Augenzeugen sich von ihrem Schred erhalten, stand die "Feierfähre" auf und grüßte nach allen Seiten.

* **Die Sarrazani-Schau eröffnet morgen Dienstag ihr auf 9 Tage berechnetes Gastspiel auf dem Rossmarkt, und zweitens wird alles veranstaltet sein, was sich in Breslau zu den Freuden des Circusjubiläums zählt. Hans Stoib-Sarrazani, als eindrucksvoller Schüler des Zirkusgymnasiums eng mit unserer Stadt verknüpft und durch zahlreiche Gastspiele in früheren Jahren volkstümlich geworden,**

Familien-Anzeigen

Du warst so gut, Du starbst so früh,
Die Dich geliebt, vergiss Dich nie!

Am 14. September verschied nach langem, schwerem Leiden in Slawentitz, wo er Erholung suchte, mein innig geliebter, herzensguter Brüderig, der Maschinenputzer

Karl Gawel

im Alter von 35 Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt an
Breslau, Herdastraße 48

Die trauernde Braut

Anna Hirschberg nebst Eltern

Beerdigung: Dienstag, den 18. September, von der Halle des Krankenhauses in Slawentitz aus.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Am Freitag, 15. September, vorne 9 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser

Wilhelm Werner

im Alter von 63 Jahren.

Ein ehrandes Andenken werden wir bewahren.

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Montag, 17. September, vorne 4 Uhr, von der Leichenzelle des Laurentius-Friedhofs.

Städtisches Notgeld.

Wir geben heute weitere Gunderre im Wert von je 5 Millionen Mark aus. Sie unterscheiden sich von den bereits im Verlauf bestehenden Röhrigen Gunderre über 5 Millionen Mark nur dadurch, dass der Druckguss hellblau, die Signette, die Wertsprüche und die Bestempfung der Gunderre ganz kurz sind. Wir schicken den Einzelhandel ganz kurz solchen Pap. Der schlägt den Einzelhandel beim Kauf seiner Gunderre so leicht.

Breslau, den 15. September 1922.

Der Magistrat.

Reine Goldschmiede für Gold, Silber und Schmuck. Ein Bericht des § 35 des Gesetzes über die Regelung des Rechts mit Gültigkeit vom 4. Juli 1922 und der Ausführungsanordnung hierzu vom 25. Juni 1922 in Breslau und mit dem Rechtsgegenstand bestehend höchstens vom 4. August 1914 und der hierin angegebenen Wiederholung und Zusatzanordnung bezeichneten Gesetzen aus.

Die Goldschmiede hat den Bereich des nach der Stadt Breslau gehörigen Wettinviertels und des Bereichs der Neustadt Gebiete im Kreisgebiet und betreibt:

a) für 1.500.000 Mark auf 750.000 Mark, einschl. b) für 1.500.000 Mark auf 950.000 Mark, einschl. c) für 1.500.000 Mark auf 900.000 Mark, einschl. d) für 1.500.000 Mark auf 100.000 Mark, einschl.

Die neuen Preise treten am 17. September 1922 in Kraft.

Der Magistrat.

Reine Goldschmiede für Gold, Silber und Schmuck. I. Sie betragen für den Bereich ab 17. September 1922

a) Gold, Silber, Rohgold 33500000 34750000 35270000 35270000 Mark

b) Diamantjuwelen 9500000 10720000 11350000

c) Gold-Geschenk-Geschenke und Gold-Geschenke:

bei mehr als 10-30 Gramm 70.000 Mark für den Bereich,

- 30-50 - 150.000 -

- 50 - 240.000 -

d) S. S. Goldschmiede über 50 m. jährliche Spezialität und Sonderreise mit speziellen Goldschmieden 2.500.000 Mark.

e) Sonderreise für Goldschmiede 300.000 Mark für den Bereich.

f) Bei Bezeichnung der Goldschmiede darf die Goldschmiede nicht benannt werden.

Der Magistrat.

Zur Bekanntmachung bestimmter Güter. Für die Anzeigen: Max Apel.

zeigt diesmal seine monumentale Wanderschau, die dreimal so viele Gäste bei sich aufnehmen kann als das alte Circusgebäude, und dementsprechend wird das Programm, das er zeigt, an Grobhartigkeit und Großzügigkeit nichts fehlen lassen. Seit 15 Jahren zum ersten Male wieder mit hier ein Ernst Schumann, der Altmeister deutscher Dreifurtkunst, wieder in die Manege und zeigt klassische Dressuren, wie wir sie niemals gesehen haben. Bei Sarrazani gibt es Gruppen fremdländischer Tiere, vor allem die prächtige Löwen-Dressur der Zilli Weber, es gibt hohe Schulen in klassischer Wallendung, es gibt Traumnachrichten, Sensationsstücke, Ritterstunte, faszinierende Tiere, Sarrazani zeigt in Nebenstücken alles, was den klassischen Circus in seiner höchsten Wallendung anzubringen. Es ist das letzte Circusgeschäft dieser Art in Breslau, denn die Sarrazani schätzt von Breslau aus direkt zu kurzen Spaziergängen nach Hamburg, wo ihre Einladung nach Südmerei erfolgt, und damit noch auch der lezte klassische Circus Deutschlands unsere schwer geprägte Heimat verlassen haben. Reden wir hingegen, dass Sarrazani trotz der Schwierigkeiten auf volkstümliche Weise hält, dass er in seinen Nachmittagsvorstellungen am Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag noch dazu den Kindern halbe Preise einzumachen, so wird ihm zweitens ein günstiger Erfolg für seine 9 Spieltage zu mindesten sein.

vor Geld- und Zeitverlust zu bewahren, weißt, dem Amtlichen Preußischen Pressedirektor zufolge, der Minister des Innern in einer Erklärung darauf hin, dass nach dem erwähnten Abkommen Auswanderungen nach dem kleinen Grenzverkehr nur diejenigen Personen möglich seien, welche innerhalb der Grenzfreizeite nicht mehr als 10 Kilometer von der deutsch-polnischen Grenze entfernt wohnen und sich daselbst länger als drei Monate aufzuhalten.

Der Gemeinsame Provinzialausschuss beschloss in Erwägung durch den Landtag zwei wichtige Haagerungsmaßnahmen für die Elektrotrittsverpflichtung der Polizei, eine Befreiung für ein Goldbarren, welches das Niederschlesische Schlesien zum Ausbau seines Netzes einschließlich Groß-Strehlitz aufnehmen muss, und einen Goldanleihevertrag für den Weiterbau des Neubaus der Talperrentraktive Goldentraum und Bobertal.

Liegnitz. Der Herr Doktor als Drohschleifer ist gekommen. Es steht wirklich schon schlecht mit den Menschen, die ungeheure Sachwerte in Gebäuden und Automobilen aufzubringen. Ein hiesiger Arzt, Besitzer einer großzügigen eingerichteten Klinik und zweier Luxusautomobile in einer großartigen Idee gekommen, die Befreiung seiner Autotaxis zu verhindern. Er hat an die Polizei den Antrag gestellt, ihm die Drohenschleiferkonzession zu gewähren, da er jetzt ab für Kranken und Behinderte Drohenschleifer spielen will. Die Drohenschleifer von Liegnitz sind ganz entzückt, einen so gelehrten Kollegen in ihrer Firma begrüßen zu können, sehr kleine die hiesige Polizeiverwaltung keinen Humor zu haben und hat den Antrag abgewiesen. So ist Liegnitz um eine Sehenswürdigkeit und Sensation ärmer geworden. Schade!

Ziegendorf. Eine sehr unangenehme und schreckliche Überraschung wurde einer hiesigen Familie auf der Friedhöfe bei der Überführung der Leiche ihres Angehörigen aus der städtischen nach der eigenen Gruft bereit. Hatte man sie beiseite bei der Aushebung des Sarges gehabt, so wurde der Sarg zur Gewissheit bei der Öffnung des Sarges. Dieser enthielt eine fröhliche Leidet, die schon stark in Verwesung war. Bedauern ist den früheren Überführungen eine Verweichung vorgekommen, es werden jetzt Untersuchungen stattfinden, wo die vermeintliche Leiche hingekommen ist und wer hieran die Schuld trägt.

Schorpen. Ein Opfer — nicht der Steuern. Es dem er gewissenhaft Informationssteuer, Ruhe- und Landabgabe bezahlt, erinnert sich der Stellenbesitzer Martin in seiner Scheune, vollgeführt ist. Er hatte sich in den Kopf gesetzt, dass er mit seiner großen Familie nicht mehr auskommen könnte. Schlechte Verhältnisse aber hier entscheidend gewesen zu sein.

Vorfall an das Parteidrohnenopfer

Bekanntmachung.

Ergänzung der Lohninfuseinteilung, gültig vom 17. September 1923

Entgelt für den Kalendertag	die Woche	den Monat	Grundlohn	Wochenbeitrag
19 bis 15000000 M.	bis 10500000 M.	bis 45000000 M.	13000000 M.	9100000
20 " 21000000 "	" 14700000 "	" 63000000 "	18000000 "	12600000
21 " 27000000 "	" 18900000 "	" 81000000 "	24000000 "	16800000
22 " 33000000 "	" 23100000 "	" 99000000 "	30000000 "	21000000
23 üb. 33000000 "	üb. 23100000 "	üb. 99000000 "	36000000 "	25200000

Breslau, den 16. September 1923.

Allgemeine Ortskostenfasse zu Breslau.

Bekanntmachung.

Ergänzung zur Lohninfuseinteilung gültig vom 17. September 1923

Entgelt für den Kalendertag	Grundlohn	Beitrag für den Kalendertag	Wochenbeitrag
16 üb. 5 600 000— 6 400 000 M.	6 000 000 M.	600 000 M.	4 200 000
17 " 6 400 000— 8 600 000 "	7 500 000 "	750 000 "	5 250 000
18 " 8 600 000—11 400 000 "	10 000 000 "	1 000 000 "	7 000 000
19 " 11 400 000—15 000 000 "	13 000 000 "	1 300 000 "	9 000 000
20 " 15 000 000—21 000 000 "	18 000 000 "	1 800 000 "	12 600 000
21 " 21 000 000—27 000 000 "	24 000 000 "	2 400 000 "	16 800 000
22 " 27 000 000—33 000 000 "	30 000 000 "	3 000 000 "	21 000 000
23 " 33 000 000 M.	36 000 000 "	3 600 000 "	25 200 000

Breslau, den 17. September 1923.

Allgemeine Ortskostenfasse des Landkreises Breslau.

Bekanntmachung.

Ergänzung zur Lohninfuseinteilung gültig vom 17. September 1923

Entgelt für den Kalendertag	Grundlohn	Beitrag für den Kalendertag	Wochenbeitrag
16 üb. 5 600 000— 6 400 000 M.	6 000 000 M.	600 000 M.	4 200 000
17 " 6 400 000— 8 600 000 "	7 500 000 "	750 000 "	5 250 000
18 " 8 600 000—11 400 000 "	10 000 000 "	1 000 000 "	7 000 000
19 " 11 400 000—15 000 000 "	13 000 000 "	1 300 000 "	9 000 000
20 " 15 000 000—21 000 000 "	18 000 000 "	1 800 000 "	12 600 000
21 " 21 000 000—27 000 000 "	24 000 000 "	2 400 000 "	16 800 000
22 " 27 000 000—33 000 000 "	30 000 000 "	3 000 000 "	21 000 000
23 " 33 000 000 M.	36 000 000 "	3 600 000 "	25 200 000</td

Montag, den 17. September 1923

Beilage zur Volkswacht

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 17. September.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Freitag, den 21. September, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine

Parteimitgliederversammlung

satt. Die erste politische Luge erfordert Stellungnahme. Vor ausdrücklich wird ein Mitglied des Parteivorstandes und ein Reichstagsabgeordneter an dieser Versammlung teilnehmen. Jeder richtet darauf ein. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsurkunden.

Breslauer Arbeiter-Jugend in Oberbayern.

Darüber wird uns diesen Mittwoch, abends 18 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses im Lichtbild berichtet. In bunten Bildern wird das herzliche bayerische Oberland mit seinen prächtigen Seen, Tegernsee, Salzädersee und Starnberger See, und seinen gigantischen Voralpen zu sehen sein.

Eintrittskarten zum Preis von 500 000 Mark für Erwachsene und 200 000 Mark für Jugendliche sind bei allen Heimpostagenturen und im Jugendsekretariat, Zimmer 42a des Gewerkschaftshauses, zu haben.

Eltern, laßt euch das Geld nicht reuen und kommt recht zahlreich zu unserem Vortragsvortrag.

Jungsozialisten! Wir treffen uns heute um 5½ Uhr an der Bahnhofstraße. Alle Jungsozialisten, die zum Treffen am Sonnenabend, müssen bestimmt i. m. men.

Närrung, Arbeiterjugend. Heime 2, 4, 7, 11. Alle Mitglieder erscheinen heut abends um 18 Uhr im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses zu einer wichtigen Bezirksversammlung.

Direkt 7. Heute abend außerordentliche Distriktsversammlung.

Die Finanzkrise bei der Breslauer Rentenversicherung.

Zu den Nachrichten in der Presse nahmen Vorstand und Ratskolleg am Donnerstag in einer Sitzung Stellung. Der Vorsteher, Herr Seif, bemerkte zunächst, daß diese Zeitungsnachrichten nicht von den Organen der Kasse veröffentlicht wurden. Die Deutschen nicht bei dadurch unnötig eregt worden. Im Wahlkreis steht die Kasse mit ihrem Substanzenvermögen gut da. Zahlungen schwierigkeiten sind heute bei jedem Unternehmen anzutreffen, ja die aber der Kassenvorstand nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die Geldentwertung spüren die Krankenkassen am wirkungsvollsten, weil der Gesetzgeber nicht rechtzeitig für Abstellung der Nebelstände vorgesehen. Die Kassen können mit langsam ihre Grundstücke erhöhen und damit langsam ihre Einnahmen steigern. Hingegen sind die Ausgaben rasend schnell gestiegen. Zum Beispiel kostet eine Plattenheizung 100 Millionen, früher 1.000 bis 2.000 Mark, eine Leibkunde 20 Millionen, früher 2.000 Mark. Ein recordetes Rezept ist nicht unter 1 Million zu haben. Dafür ist bis zu 20 Millionen zu zahlen, sind keine Selbstverständlichkeit. Ein läuftlicher Betrag kostet 20 Millionen, die Reparatur einer Lautsprecherröhre 10 Millionen Mark. Der Preis einer einfachen Brillen kostet 20 Millionen; täglich gibt die Kasse eine Milliarde nur für Brillen aus.

Die Krankenhauskosten betragen täglich 9 Millionen und die 600 Krane täglich in Krankenhäusern verpflegt werden, so die Kasse täglich 5 Millionen 400 Millionen Mark an die Krankenhäuser zu zahlen. Nach der neuen Überberechnung werden täglich 25 Milliarden fällig. Ein Wogenfürst wird der Kasse nach den neuen gesetzlichen Vorschriften jährlich 900 Millionen kosten. Die Arzneien betragen täglich 2½ Milliarde. Es soll aber auch den Kranken eine erhöhte ärztliche Leistung gewährt werden, die aber eingeschränkt wird durch die große Arzthäufung und deren hohe Forderungen. Die Arzte haben kein Recht, sich über unzureichende Bezahlung durch den Kassenvorstand zu beklagen. An die Arzte wurde gezahlt:

I. Quartal 1923	:	223 357 189 M.
II. Quartal 1923	:	321 946 431 M.
III. Quartal bis 13. 9. 1923	:	61 322 113 024 M.

61 867 416 644 M.

In der Aussprache führte Herr Sanitätsrat Dr. Bieschke Klage, daß sich der Schuhmacher (d. h. der Kassenvorstand) nicht alle Mühe gegeben habe, die Arzte mit ihren gerechten Forderungen zufrieden zu stellen. Die Lage der Arzte sei mit der eines einfachen Arbeiters zu vergleichen, die von der Hand in den Mund leben. Es solle ein Weg ernsthaft gesucht werden, um die Arzte zu bezahlen.

Bewilligungsdirektor Kirschhoff erwiderte, daß heute schon 50 Prozent aller Ausgaben für die Gesellschaft aufgewendet werden müssen. Die Arzte fordern heute 80 Prozent mal gestiegene Indexzahl; das würde bedeuten, daß von nun an pro Monat rund 400 Milliarden an die Arzte gehen werden müssen.

Barum die Kasse nicht kostbare, läge daran, daß sie mehr Arzte beschäftige, als in Wirklichkeit nötig sind.

Herr Bahnmeister Puppe, Ausschusssprecher der Versicherer, meinte, um die Kasse finanziell zu stärken, müßten die Leistungen der Kasse herabgesetzt werden. Gewährung von Zahnsatz, Brillen, Bruchhändlern, Familien- und Wochenhilfe müsse gestrichen werden.

Der sonderbare Ansicht traten die Herren Peikert, Nolte, Risch und Herr Direktor Kleemann entgegen.

Frauen! Volkswachtlerinnen!

Verfügt nicht den Besuch der heute abend 7½ Uhr, in den Schulen um 7 Uhr, stattfindenden

Frauen-Versammlungen

In jeder Versammlung wird ein Vortrag gehalten. Bringt recht viele Frauen mit. Unlösbar entstehen nirgends.

Votale sind aus der Volkswacht vom Sonnabend zu ersehen.

Wenn uns Herr Bieschke vorschlägt, einen Weg ernsthaft zu suchen, der hinausführt aus diesem Elend, dann müsse bei 100 angestellten Ärzten monatlich 300 Millionen sparen und diese Summe den kranken Versicherten zugute kommen lassen. Der Kassen-Vorstand weiß, daß er zuviel Arzte unterhält und kann nicht zur Entlastung derselben schreiten. Jeder Arbeitgeber läßt keine Leute kurz arbeiten oder schafft jährlings seinen Betrieb ein, wenn die Lohnsätze einen Vollbetrieb nicht gestattet. Der Vorstand der Kasse darf das nicht tun; er muß im Gegenteil für die Arztkasse mehr ausgeben als er einnehme. Das ist ein unerträglicher Zustand. Der Gesetzgeber möge den Kassenverwaltungen volle Bewegungsfreiheit geben, und die Krankenkasse wird sein, wozu sie geschaffen wurde: eine legenreiche Einrichtung für die erkrannten Menschen. Die Aussprache floss damit. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, die Klempner-Kasse aufzulösen und ab 1. Oktober eine andere Stufenentlastung für Mitglieder einzuführen. Im übrigen haben nun die Versicherten das Wort, um auf den Gegebenen auf Abänderung dieser unerträglichen Zustände zu dringen.

"Vor mit der freien Arztwahl!", muß das Lösungswort sein.

Ein Breslauer Jahr 35 270 000 Mark.

Die erhebliche Versteuerung in den Gespannahaltungskosten, den Überlade- und Abtraglobbaten, sowie die Erhöhung des Händlerzinsen machen eine Heraussetzung der Kleinhandelsabpreise erforderlich. Die neuen Preise sind im Anzeigenblatt veröffentlicht.

Die Breslauer Nachrichten

Tor erzielen. Der Schiedsrichter war gut, nur müßte er in seinen Entscheidungen, zumal bei Jugendmannschaften, einwandfrei sein.

Ergebnisse vom Sonntag:

Sparta I	-	B. f. L. I	2 : 1
" II	-	II	1 : 1
" III	-	Süd III	3 : 1
" I Jgd.	-	Sturm I Jgd.	0 : 7
West I	-	Süd I	3 : 0
II	-	II	2 : 1
" III	-	B. f. L. III	0 : 8
IV	-	Heros II	2 : 1
Sturm I	-	Herrn, Brig I	2 : 1
II	-	Oels I	5 : 2
Walter I	-	Oels I	8 : 2
II	-	II	5 : 1
III	-	B. f. L. III	kampf. f. W.
B. f. L. I	-	Union I	6 : 0
II	-	H	1 : 1
Fr. Sport. I	-	Öhlan I	1 : 3
II	-	II	2 : 2
" III	-	Union III	0 : 3
Herrn, Brig III	-	Silesia III	kampf. f. S.

Berichterstattung. Sämtliche Berichte sind von nun an unter Nr. 7278 Sonntags in der Zeit von 6-8 Uhr anzuläuten, ebenso die Resultate. - Am Mittwoch Abend 7 Uhr Berichterstattung im "Breslauer Haus", Friedrich-Wilhelmstraße. Berichte, welche keine Berichterstattung enthalten, werden mit keinen Berichten bedacht.

Der Obmann.

Abschwimmen im Poseidonbad. Zum letzten Male in diesem Jahre hatte das Bad der Arbeiter-Schwimmverein angelegt. Die noch immer günstige Witterung hatte den Verein veranlaßt, das Abschwimmen in einem größeren Rahmen als früher ähnlich zu veranstalten. Längstenswettkämpfe, an denen, ebenso wie auch am Schwimmen, Mitglieder des Kraftsportklub "Achilles" teilnahmen, sowie ein Handballspiel ergänzten die Stützpunkts. Die große Zahl der Startenden bewies wieder, in wie hohen Maße es den Arbeiterschwimmern gelingt, ihren Sport vollständig zu machen. Dies kommt auch in der Zahl der Schwimmstrecken, über 500 wurden im Laufe dieses Sommers ausgetragen, zum Ausdruck.

Ergebnisse: a) Schwimmen, Stützpunktswettkämpfe: 1. Abt. Stütz 3,46 Min., 2. Abt. Off. 4,11 Min., 3. Abt. West 4,29 Min., Knebelschwimmen 50 m bel.: 1. Werner 51,1 Sek., 2. Knebel, R. 55,1 Sek., 3. Hermann 55,4 Sek., 4. Jung 56 Sek.; Mädchenschwimmen 50 m Brust: 1. Reichelt, Else 1,22 Min., 2. Knebel 1,7 Min., 3. Reichelt, Erna - Thomas 1,10 Min.; Jugendschwimmen 50 m bel.: 1. Scholz, Helga 48 Sek., 2. Reichelt 47 Sek., 3. Knebel 47,5 Sek., 4. Tiefel 47,4 Sek.; Erwachsenenschwimmen 50 m bel.: 1. Scholz (Achilles) 25,3 Sek., 2. Reichelt 26,1 Sek., 3. Knebel 26,5 Sek., 4. Tiefel 26,8 Sek.; Männer-Schwimmen 50 m bel.: 1. Scholz (Achilles) 25,3 Sek., 2. Reichelt 26,1 Sek., 3. Knebel 26,5 Sek., 4. Tiefel 26,8 Sek.

Montag, den 17. September 1923

Ein Markenbrot 3 560 000 Mark.

Infolge der außerordentlichen Getreide- und Mehlspreishochungen, die die Reichsgesetzstelle vornehmen mußte, und infolge der durch die fortschreitende Geldentwertung gestiegenen Unterkosten, insbesondere der Kohlenpreise, mußten die Preise für Markengebäck und Markenmehl vom 17. September ab wie folgt festgesetzt werden:

für 1 Pfund Markenbrot	890 000 M.
für das Vier-Pfund-Brot	3 560 000 M.
für 1 Sennel von 100 Gramm Trizigewicht	230 000 M.
für 1 Pfund Roggenmehl ausschl. Verpackung	780 000 M.
für 1 Pfund Weizenmehl ausschl. Verpackung	880 000 M.

Der Magistrat ist sich bewußt, daß diese Preiserhöhungen bei der wirtschaftlichen Not der Bevölkerung schwer tragbar sind, die geforderten Preise stellen aber die äußerste Säule dar, die zur Abdeckung der tatsächlich entstehenden Unterkosten gefordert werden müssen. Somerlin bleibt die Preise für Markengebäck und Markenmehl noch unter der Hälfte der Preise für freie Ware zurück.

Straßenbahnpfarrpreis 1 000 000 Mark.

Von heute ab gelten auf der Breslauer Straßenbahn folgende Fahrpreise: Vorzone laut den Linien 3, 5, 6 und 18 einfache Fahrt 800 000 M., Erwachsenen 1 000 000 M., Kind 500 000 M., Kinder 6-14 Jahren, Gespräch und Tiere 500 000 M., Kind und Rückfahrt 750 000 M.

Auf den Zeitkarten gelten: Achterkarten 7 000 000 M., Achterkarten für Kriegsveterane, Studenten, Schüler über 18 Jahre 3 000 000 M., Wochenkarten 8 000 000 M., Umsteigekarten 10 000 000 M., Monatswochenkarten (für städtische Bedienstete) 7 000 000 M., Monats-Karten 125 000 000 M., Monats-Streichkarten 60 000 000 M., Schülerkarten (bis zu 18 Jahren) 2 500 000 M.

Achterkarten, die seit dem 13. September erworben worden sind, können bis zur Ungültigkeitserklärung der Karten aus der 38. Betriebswoche abgesetzt werden. Dies gilt auch für die in dieser Woche bei der Kasse der Straßenbahn gekauften Vorverkaufs-Achterkarten.

Die Fahrkarten für die einfache Fahrt zu 500 000 M. und 1 000 000 M. berechtigen auch zum Umsteigen, wenn bei der Lösung ein Umsteigekartechein verlangt wird. Bei unmittelbarer Fortsetzung der Fahrt kann das einmalige Umsteigen auch auf einen Wagen der elektrischen Straßenbahn (Linien 10, 11 und 12) an der Kreuzungs- bzw. Abzweigungsstellen vorgenommen werden. Zwei Kinder unter 6 Jahren, auf dem Schuh gehasht, fahren frei. Schülerkarten gewähren kein Anrecht auf einen Sitzplatz.

Beamtensang

wirft uns die "Schlesische Zeitung" vor. Daß wir auch unter Beamten werben, ist selbstverständlich, und daß wir es mit wachsenden Erfolgen tun, ist erfreulich. Den Staat bevorzugen können die Arbeitnehmer nur gemeinsam, wenn sie alle, Arbeitnehmer, Angestellte und Beamte, in eine Front treten. Wir sind durchaus der Meinung, daß ein Beamter der Republik nur einer republikanischen Partei angehören soll, und als solche kommt in erster Linie die Sozialdemokratische Partei in Frage. Aber wir können die Beamten nicht zwingen, zu uns zu kommen, so wie sie früher gezwungen waren, der Konseriativen Partei anzuhören. Wir wollen auch nicht, daß solcher Zwang geübt wird, sondern eine bessere Überzeugung wollen wir in der Bevölkerung wecken. Früher konnte ein Konseriativer Führer offen erklären: "Die Beamten wollen Koteletts tragen, so groß wie ein Abtrittsdeckel"; und trotzdem durften die Beamten nicht wählen, einer anderen Partei anzugehören. Die Sozialdemokratische Partei sorgt für die Beamten, welche für alle Arbeitnehmer im Rahmen des möglichen. Da sie die Beamten in der Zeit der furchtbaren Not nicht überreichlich bedienten kann, ist leider eine Tatsache, der sich auch kein denkender Beamter entziehen kann.

Die Theatermarken der Breslauer Volksbühne

gelten in dieser Woche für das Operntheater 5,5 Millionen (Kassenpreise 12-6½ Millionen), für das Stadttheater 6,4 Millionen (Kassenpreise 15-8½ Millionen). Bereitslich sind am Sonnabend einige Operntheatermarken zum Preis von 6,4 Millionen verkauft worden. Den Käufern wird der Mehrbetrag nur in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, zurückgezahlt.

(Poseidon) 38,4 Sek., 3. Sitz auf (Poseidon) 45 Sek., 4. Bureau (Achilles) 46 Sek. Das Schaupringen, an dem 4 Springer sich beteiligen, wurde nicht gewertet. Wasserballspiel: 2 takt. Mannschaften 2 : 2.

b) Laufen, Knaben 100 m: 1. Sad 15 Sek., 2. Schott 16,4 Sek., 3. Wic 16,1 Sek.; Jugend 100 m: 1. Schlitz (Achilles) 13 Sek., 2. Ballagh (Poseidon) und Henke (Achilles) 13,2 Sek., 3. Burow (Achilles) 13,4, 10×100 m Staffel: 1. "Poseidon" 2,19 Min., 2. "Achilles" 2,26 Min., Männer 100 m: 1. Meise 12,2 Sek., 2. Koy und Grözner 12,2, 3. G. Göthlich und Oswald 13,2 Sek., 4. Jörde (Achilles), Kotalla (Poseidon) 13,2; Männer 500 m: 1. Wulf 1,24 Min., 2. Grund (Fr. T. B. 5. Abt.) 1,24 Min., 3. Gortig (Achilles) 1,26 Min., 4. Franz (Achilles) 1,28 Min.

Freie Turnerschaft Breslau.

Ergebnisse der Faustballwettspielen vom Sonntag, den 16. September:

